

Beförderte die neuere Arbeitsmarktpolitik den Erfolg der Tafeln?

LUISE MOLLING

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und maroder öffentlicher Finanzen wurde mit der Agenda 2010 der wohl größte Umbau des Arbeitsmarkts und des Sozialsystems in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Nach dem Motto »Fordern und Fördern« sollte der »alimentierende« zu einem »aktivierenden« Sozialstaat umgestaltet und der Arbeitsmarkt flexibilisiert und dereguliert werden, um damit wachstums- und beschäftigungspolitische Effekte zu erzielen. Doch trotz des massiven Ausbaus prekärer Arbeitsverhältnisse (Zeit- und Leiharbeit, Mini- und Midijobs), der Lockerung des Kündigungsschutzes, der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe und der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für die Arbeitsaufnahme wurde das primäre Ziel einer deutlichen Reduktion der Arbeitslosenzahlen eindeutig verfehlt.¹

1 Der offizielle statistische Rückgang von 4,5 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2005 auf 3,4 Millionen im Jahr 2009 hält einer näheren Be- trachtung nicht stand, da Unterbeschäftigte, also beispielsweise Personen in Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen, nicht in die Rechnung miteinbezogen werden. Die Zahl der Unterbeschäf-

Dafür zeigt der mit den Hartz-Gesetzen eingeleitete tiefgreifende Strukturwandel des deutschen Arbeitsmarktes und Sozialsystems andere Auswirkungen. Die Herausbildung eines von der Mehrheitsgesellschaft weitgehend abgekoppelten Bevölkerungssteils und die im Zuge der Individualisierung sozialer Risiken zunehmende Auflösung gesamtgesellschaftlicher Solidarität sind die offensichtlichsten Folgen der Agendapolitik. Auch die Entwicklung der Deutschen Tafeln hin zu einem professionellen und gesellschaftlich anerkannten Almosensystem ist eng mit diesen Phänomenen verbunden und lässt sich ohne die Hartz-Gesetzgebung als zentralen Katalysator nicht nachvollziehen.

Bei der Analyse dieser Zusammenhänge gilt es im Folgenden zunächst die konkreten gesetzlichen Neuregelungen zu benennen, die die Verbreitung des Tafelsystems begünstigt bzw. erst ermöglicht haben. Dazu zählt die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe im Rahmen des vierten »Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« und das Instrument der »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« (im Volksmund 1-Euro-Jobs), von dem die Tafeln ausgiebigen Gebrauch machen.

In einem zweiten Schritt werden die abstrakteren, individuellen und gesamtgesellschaftlichen Effekte nachgezeichnet, welche die mit den Arbeitsmarktreformen flankierend vermittelte neoliberalen Ideologie zeitigt. Der Wandel des Gerechtigkeitsbegriffs, die Neukonzeption der Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen und die Unterordnung des Sozialen unter das ökonomische Prinzip sind als zentrale ideologische Neubestimmungen auch von großer Bedeutung für die umfassende Etablierung der Tafeln in Deutschland.

Neuregelungen der Arbeitsmarktpolitik

Die systematische Verarmung von Millionen von BundesbürgerInnen im Zuge der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe und der Reduktion der Bezugsdauer des

tigten liegt derzeit bei gut 4,7 Millionen. Die reale Arbeitslosenzahl hat sich daher durch die Agenda 2010 keineswegs reduziert.

Arbeitslosengeldes (ALG) I auf maximal 18 Monate war die wohl wichtigste Voraussetzung für den »Erfolg« der Tafeln. Während die bisherige Arbeitslosenhilfe an das vorherige Einkommensniveau gekoppelt war und damit zumindest tendenziell den Erhalt des Lebensstandards ermöglichte, soll das ALG II nun lediglich das soziokulturelle Existenzminimum sichern, wie es sich aus dem ersten Artikel des Grundgesetzes und dem Sozialstaatspostulat ableitet. Der derzeitige, auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2005 berechnete Eckregelsatz für eine alleinstehende Person beträgt 359 Euro monatlich, EhegattInnen oder PartnerInnen erhalten 90 Prozent, Kinder je nach Alter nur noch 60-80 Prozent des Gesamtbetrags. Der Bedarf von Kindern wurde nicht gesondert berechnet, sondern an den Erwachsenenregelsatz gekoppelt und nach Alter gestaffelt. Während es auf der Basis der herkömmlichen Sozialhilfe in zahlreichen Fällen möglich war, Sonderbedarf geltend zu machen, ist der Regelsatz nun pauschalisiert, das heißt, einmalige zusätzliche Kosten wie die Reparatur einer Waschmaschine müssen angespart werden.

Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Berechnungsgrundlage der Hartz IV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt und bis Januar 2011 eine Neuberechnung eingefordert. Ob sich die Situation der Betroffenen und ihrer Kinder dadurch spürbar verbessern wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Zunächst stehen etwa 6,5 Millionen ALG II-BezieherInnen weiterhin täglich vor der Herausforderung, mit ihrem knappen Budget sämtliche Ausgaben zu bestreiten.

Dabei spielen die Lebensmittel der Tafeln eine wichtige Rolle, wie der sprunghafte Anstieg der Tafelausgaben nach Einführung des ALG II im Jahr 2005 zeigt. Nach Angaben des Bundesverbands der Tafeln nutzen über eine Million Menschen – größtenteils ALG II-EmpfängerInnen – die Angebote der Tafeln inzwischen regelmäßig. Dabei zeigt der hohe Anteil von minderjährigen TafelnutzerInnen (23,5 Prozent), wie schwierig es insbesondere ist, den Bedarf eines Kindes allein von den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II zu decken. Der Gang zu den Tafeln ist eine Kompensationsstrategie, die bescheidene finanzielle Spielräume schafft – sei es für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, den Kinobesuch mit den Kindern oder die im Regelsatz nicht berücksichtigte Praxisgebühr.

Während die Leistungen nach dem SGB II entgegen des eigentlichen Anspruchs so niedrig bemessen sind, dass sie lediglich das bloße Überleben gewährleisten, ist es der Besuch bei den Tafeln, der eine einigermaßen ausgewogene Ernährung und auch die im soziokulturellen Existenzminimum eigentlich inbegriffene gesellschaftliche Teilhabe zumindest ansatzweise ermöglicht.

Die deutlich gestiegene Nachfrage nach den Lebensmitteln der Tafeln lässt sich also nur vor dem Hintergrund der aus der Hartz IV-Gesetzgebung resultierenden Verarmungseffekte verstehen. Auf der anderen Seite wäre aber auch das Angebot der Tafeln ohne die Nutzung eines Instruments dieser Arbeitsmarktreformen wohl kaum in der jetzigen Form aufrecht zu erhalten. Ohne den massenhaften Einsatz der »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« könnten die Tafeln den enormen logistischen Aufwand nur schwer bewältigen. Nach Auskunft des Bundesverbandes der Tafeln sind derzeit etwa zehn Prozent der 40.000 TafelhelferInnen über solche Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. Da diese üblicherweise 20-30 Stunden pro Woche arbeiten, ist ihr Beitrag am gesamten Arbeitsvolumen aber weit höher zu veranschlagen als der der ehrenamtlichen Helfer, von denen wohl nur wenige so viel wöchentliche Zeit für ihr Engagement aufwenden. Beobachtungen bei der Berliner Tafel haben gezeigt, dass die 1-Euro-Jobber dort in erster Linie für die täglich anfallenden Arbeiten eingesetzt werden, die die freiwilligen HelferInnen nicht gerne verrichten, beispielsweise für das Aussortieren von faulem Obst und Gemüse, Reinigungsarbeiten oder Fahrdienste (vgl. auch Selke 2008: 124f.). Die gesellschaftliche Spaltung wird so innerhalb des Tafelsystems reproduziert: Auf der einen Seite die ehrenamtlichen HelferInnen, deren reguläre Arbeit oder ausreichende Rente ein solches unbezahltes Engagement erst ermöglicht, auf der anderen Seite die Arbeitslosen, die sich so ihr ALG II ein wenig aufbessern und gleichzeitig hoffen, auf diesem Wege eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Diese mit den Arbeitsgelegenheiten verbundene Zielsetzung tritt jedoch nur in den wenigsten Fällen ein, stattdessen trägt der Einsatz der staatlich subventionierten Billig-Jobber bei den Tafeln dazu bei, die Arbeitslosenstatistik zu schönen und gleichzeitig die

schlimmsten Folgen der politisch intendierten Verarmung einzuhegen.

Die gesetzlichen Neuregelungen im Zuge der neueren Arbeitsmarktpolitik haben also sowohl die Nachfrage nach den Lebensmitteln der Tafeln deutlich erhöht als auch den Ausbau des Angebots mit ermöglicht. Auch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Tafeln und die Tatsache, dass sich eine Million Menschen der demütigenden Situation aussetzen, für die Abfälle der Mehrheitsgesellschaft anzustehen, erschließt sich nur, wenn man den ideologischen Wandel, der sich mit der Agenda 2010 vollzogen hat, in die Analyse mit einbezieht.

Konsequenzen des ideologischen Wandels

Schon das die Arbeitsmarktreformen begleitende Motto »Fördern und Fordern« macht deutlich, wie sehr die Agenda 2010 vom neoliberalen Menschenbild geprägt ist, nach dem ein jeder »seines Glückes Schmied« und somit auch für sein Unglück selbst verantwortlich ist. Während Arbeitslosigkeit bisher als ein gesellschaftliches, für jeden gleichermaßen geltendes Risiko betrachtet wurde, impliziert der Leitspruch »Fördern und Fordern« ja bereits, dass ein solches Fordern überhaupt nötig ist, dass Druck auf die Arbeitslosen ausgeübt werden muss, damit sich diese aus der »sozialen Hängematte« erheben und wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.

Der eklatante strukturelle Mangel an Arbeitsplätzen wurde also weitgehend ignoriert, der Glaube an die Vollbeschäftigung trotz der offensichtlichen, bereits über Jahrzehnte andauernden Stagnation des Arbeitsvolumens künstlich aufrechterhalten. Obwohl die deutliche Differenz zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der verfügbaren Arbeitsplätze auf andere Ursachen hinweist, konzipierte man die mangelnde Eigenmotivation der Betroffenen als zentrale Ursache der hohen Arbeitslosigkeit. Diese Umdeutung der Arbeitslosigkeit vom allgemeinen Risiko, das jedeN gleichermaßen treffen kann, zum Ergebnis individuellen Versagens hat der gesamtgesellschaftlichen Solidarität, wie sie in der Sozialstaatstheorie einst formuliert wurde, den Boden entzogen – und dies ausgerechnet zu einer Zeit, in der angesichts von mehreren Millionen dauerhaft Erwerbslosen

diese Solidarität für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger wäre denn je.

Begleitet und theoretisch fundiert wurde die Individualisierung des sozialen Risikos Arbeitslosigkeit durch die aggressive Propagierung der neoliberalen Theorie der Leistungsgerechtigkeit, die eine starke Wirkungsmacht entfaltet. Im Gegensatz zum Konzept der Bedarfsgerechtigkeit, das die gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen von individuellen Bedürfnissen ableitet, ist aus dieser Perspektive der materielle Reichtum der/des Einzelnen gerechtes Ergebnis ihrer/seiner individuellen Leistung. Genauso wie der relative Wohlstand der »Leistungsträger« in der Gesellschaft als gerecht dargestellt wird, erscheint die Armut der Geringverdienenden und Arbeitslosen aus dieser Perspektive als quasi natürliches und gerechtes Ergebnis ihrer »Leistungsverweigerung«. Auch wenn dabei verkannt wird, dass wirtschaftlicher Erfolg unter marktwirtschaftlichen Prinzipien keineswegs zwingend mit Leistung einhergehen muss und umgekehrt Leistung auch nicht von wirtschaftlichem Erfolg gekrönt sein muss, ja der Begriff an sich als objektiver Maßstab gänzlich unbrauchbar ist (vgl. Butterwegge 2008: 156), sind die diskursiven Effekte der einseitigen Fixierung auf das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit deutlich zu spüren. Bestärkt durch zahlreiche mediale Hetzkampagnen gegen vermeintlich arbeitsfaule und sich durch staatliche Transfers bereichernde Hartz-IV-Empfangende sowie ins gleiche Horn stoßende PolitikerInnen macht sich ein »Sozialneid von oben« breit, der in jüngster Zeit gar in den Feuilletons seriöser Zeitungen ein Forum findet (exemplarisch Sloterdijk 2010).

Da die Konzeption der Arbeitslosigkeit als allgemeines Risiko die Basis für solidarische Leistungen der Gesellschaft bildete, führt nun die Umdeutung der Arbeitslosigkeit zum Resultat individuellen Scheiterns bzw. die Wiederentdeckung des »unwürdigen« Armen zwangsläufig zur Auflösung dieser gesellschaftlichen Solidarität. Solange Arbeitslosigkeit ähnlich einer Krankheit jeden unverschuldet treffen kann, wird die solidarische Hilfe für den Betroffenen kaum in Frage gestellt. Sobald aber angenommen wird, dass Arbeitslose ihre Lage selbst herbeigeführt haben oder gar im Verdacht stehen, an dieser nichts ändern zu wollen, werden sie von BürgerInnen mit sozialem

Rechtsanspruch zum BittstellerInnen, die für jegliche Unterstützung dankbar sein können.

Nur vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entsolidarisierungstendenzen ist zu verstehen, dass die Entwicklung eines modernen Almosensystems, wie es durch die Tafeln verkörpert wird, nicht von öffentlichem Protest, sondern im Gegenteil von hoher gesellschaftlicher Anerkennung begleitet war und ist. Während der solidarische Ausgleich auf Augenhöhe gesellschaftlich immer mehr an Rückhalt verliert, konnte das Almosenprinzip, das immer ein Gefälle zwischen Gebendem und Nehmendem voraussetzt, eine Renaissance erleben. Die freiwillige, barmherzige Gabe tritt so an die Stelle des materiellen Rechtsanspruchs; der »schuldige« Arme darf gegenüber den produktiven Leistungsträgern der Gesellschaft keinen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben erheben, sondern lediglich auf deren edle Spende hoffen. Nicht zufällig wird der Abbau sozialer Rechte (im neoliberalen Politjargon meist »Förderung der Eigenverantwortung« genannt) von zahlreichen medialen und politischen Kampagnen zur Stärkung der Bürgergesellschaft und des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements begleitet (vgl. Molling 2009). Die anhaltende Forderung nach der Entlastung der »Leistungsträger« von den Kosten des staatlich vermittelten sozialen Ausgleichs findet so ihre Entsprechung in der steigenden Zahl mildtätiger Stiftungen und Vereine, in deren Rahmen die schlimmsten Folgen des sozialpolitischen Rückzugs auf freiwilliger Basis befriedet werden. Paternalistische Denkmuster spielen hierbei ebenfalls eine Rolle, da man den leistungsscheuen und ungebildeten Armen die Fähigkeit zum vernünftigen Umgang mit finanziellen Leistungen abspricht und über die Ausgabe von Sachspenden deren Kontrolle und Erziehung sicherstellen will.

Der mit der Agenda 2010 eingeleitete ideologische Wandel zum »schuldigen« bzw. »unwürdigen Armen« findet seine Entsprechung auch in der psychischen Lage der Betroffenen, die trotz des offensichtlichen Mangels an Arbeitsplätzen nicht etwa aufbegehren und selbstbewusst ihre Rechte einfordern, sondern demütig bei den Tafeln um Unterstützung bitten. Wenn Armut als selbst verschuldetes Schicksal erlebt wird, tritt an die Stelle des Widerstands gegen den Abbau sozialer Rechte und den Kampf um die Veränderung politischer Verhältnisse die pure

Dankbarkeit für jedwedes Almosen, das die äußere Not ein wenig lindert. Anstatt Ausgangspunkt für eine Politisierung der verarmten und marginalisierten Bevölkerung zu sein, dienen die deutschen Tafeln so zunehmend als Treffpunkte einer abgeschotteten »Parallelgesellschaft«, die angesichts mangelnder Perspektiven und der erlebten Stigmatisierung durch die arbeitende Mehrheitsgesellschaft unter ihresgleichen Trost findet.

Das System der Tafeln im Kontext der neuen Arbeitsmarktpolitik

Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Tafeln lässt sich also durch die Neukonzeption der Arbeitslosigkeit als Ergebnis individuellen Versagens und daraus entstehender gesellschaftlicher Entsolidarisierungstendenzen erklären. Doch erst wenn man sich die spezifische Logik des Tafelprinzips vor Augen führt, zeigt sich, dass die Tafeln ein geradezu idealtypisches Symbol der neuen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ära sind, in der die Verarmung und gesellschaftliche Exklusion eines großen Bevölkerungsteils im Interesse des möglichst reibungslosen Ablaufs der Marktprozesse in Kauf genommen wird.

Nach dem Motto »Sozial ist was Arbeit schafft« wurde mit der Agenda 2010 die Senkung der Arbeitslosenzahlen zum Selbstzweck, ganz unabhängig von den sozialen Folgen einer solchen Politik. Anstatt nach Konzepten zu suchen, wie das aufgrund steigender Produktivität bereits seit den sechziger Jahren stagnierende Arbeitsvolumen auf die größere Zahl erwerbsfähiger Bürger verteilt oder den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben auch unabhängig von der Erwerbsarbeit ermöglicht werden kann, wurde der deutsche Arbeitsmarkt mit der Agenda 2010 amerikanisiert, das heißt, die Schwächung sozialer Rechte ging einher mit dem massiven Ausbau prekärer Beschäftigung und der Etablierung eines Niedriglohnsektors, der inzwischen der zweitgrößte nach den Vereinigten Staaten ist. Während man die Arbeitgeber deutlich entlastete, wurde der Druck auf die Arbeitslosen, Arbeit auch zu schlechten Konditionen anzunehmen, durch die drohende Verarmung, die Senkung der Zumutbarkeitsgrenzen und die zahlreichen Sanktionsmöglichkeiten deutlich erhöht. Zudem zeigen die Angst

vor dem sozialen Absturz und die Konkurrenz durch staatlich subventionierte Geringverdienende enorme disziplinierende Effekte auf die ArbeitnehmerInnen. Im Rahmen der Agenda 2010 wurde demnach im Interesse des primären Ziels – der Senkung der Arbeitslosenzahlen durch wirtschaftliches Wachstum – die Verarmung von Millionen von BundesbürgerInnen sowie die Schaffung eines allgemeinen Klimas der Angst und Unsicherheit durch soziale Entrechtung in Kauf genommen. Mit dem Argument, dass wirtschaftliches Wachstum letztlich der gesamten Bevölkerung zugute komme, wurde das Soziale dem ökonomischen Interesse untergeordnet und hat mittlerweile nur noch eine Berechtigung, wenn es selbst marktwirtschaftlichen Prinzipien folgt oder diesen zumindest nicht entgegensteht.

Das System der Tafeln folgt dem gleichen Prinzip, da die Hilfe für die Armen durch das Einsparen der Entsorgungskosten und die steuerliche Absetzbarkeit der Lebensmittelpenden noch den wirtschaftlichen Profitinteressen dient. Während die Sozialabgaben den Gewinn der Unternehmen schmälern, kann mit dem Spenden überschüssiger Waren an die Tafeln der Profit also noch gesteigert werden. Auch die zahlreichen Sponsoren können durch die Unterstützung der Tafeln ihr öffentliches Image verbessern und damit zumindest indirekt ihre Absatzchancen steigern. Das mit der Agenda 2010 umgesetzte Leitbild der »Ökonomisierung des Sozialen« wurde demnach innerhalb des Tafelsystems geradezu perfektioniert.

Selbst wenn man nicht soweit gehen will, die Existenz der Tafeln allein auf das Engagement der an den Hartz-Gesetzen beteiligten Unternehmensberatung McKinsey zurückzuführen (vgl. Heck 2005) – sie also als strategisch bewusst geplanten Teil der neoliberalen Umstrukturierungen zu betrachten -, ist nicht zu leugnen, dass die Tafeln in der Verkehrung des Subsidiaritätsprinzips Notlagen lindern, die erst durch die systematische Verarmung im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung entstanden sind. Sie werden so – ob beabsichtigt oder nicht – zum Erfüllungsgehilfen des sozialstaatlichen Rückzugs. Durch den massenhaften Einsatz der 1-Euro-Jobber profitieren die Tafeln zudem noch von den staatlich subventionierten billigen Arbeitskräften, wie es sie seit den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 zu Hunderttausenden gibt. Das System der Tafeln passt

schließlich aufgrund seiner inhärenten Logik, in der das Soziale den ökonomischen Interessen dient, sehr gut zur aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in welcher soziale Rechtsansprüche in erster Linie als Hindernisse des freien Wettbewerbs aufgefasst werden. Und auch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Tafeln ist ohne den ideologischen Wandel, der Arbeitslosigkeit und Armut von einem politischen zu einem individuellen Problem umkonzipiert und an die Stelle der strukturellen Armutsbekämpfung auf Basis eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses die individuelle Befriedung von Armut auf Basis von Nächstenliebe und Wohltätigkeit treten lässt, nicht zu erklären.

Fazit

Die neuere Arbeitsmarktpolitik hat demnach maßgeblich zum »Erfolg« der Tafeln beigetragen. Ohne einen grundlegenden Politikwechsel wird das »System Tafeln« wohl weiterhin wachsen, sich mit der Unterstützung von Lebensmittelbanken und Sponsoren zunehmend professionalisieren und für immer größere Teile der Bevölkerung zu einer wichtigen Anlaufstelle werden. Die Entstehung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft findet so ihre Entsprechung in der Herausbildung einer Zwei-Klassen-Ökonomie, innerhalb derer die ökonomisch »überflüssigen« Teile der Bevölkerung von den Überschüssen der Mehrheitsgesellschaft leben (vgl. Lorenz 2009). Die neuere Arbeitsmarktpolitik hat diese gesellschaftliche Spaltung verschärft und auch die Tafeln tragen nicht zu deren Linderung bei. Vielmehr findet die gesellschaftliche Exklusion der arbeitslosen und arbeitenden Armen bei den Tafeln ihre räumliche Entsprechung, denn die Ausgabestellen und Tafelläden sind der Ort, an dem sie Nahrung und manchmal auch Trost, jedoch keinesfalls einen Weg aus der Armut finden.

Der »Erfolg« der Tafeln ist das Resultat einer Politik, die politische Armutsbekämpfung durch Wohltätigkeit ersetzt und das Fundament unserer Demokratie durch den Abbau sozialer Rechtsansprüche immer mehr untergräbt. Dabei hat gerade die globale Finanzkrise gezeigt, dass Arbeitslosigkeit keineswegs Ergebnis leistungsscheuer Arbeitsloser und zu hoher staatlicher

Transfers ist, sondern ausreichende sozialstaatliche Sicherung im Gegenteil unerlässlich ist, um gerade in Krisenzeiten Einkommen und Konsumnachfrage zu stabilisieren. Nicht nur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch aus ökonomischer Perspektive ist es daher unerlässlich, politische Antworten auf die strukturelle Massenarbeitslosigkeit zu finden, die sich nicht in der systematischen Verarmung und Entrechung von Arbeitslosen und ArbeitnehmerInnen erschöpfen.

Ehrenamtliches Engagement ist durchaus wünschenswert, solange es staatliche Leistungen ergänzt. Die politische Instrumentalisierung der Tafeln überschreitet jedoch eindeutig Grenzen, wenn die Vergabe von Almosen das staatlich garantierte Recht auf ein ausreichendes – das heißt nicht nur das bloße Überleben, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichendes – Einkommen ersetzt. Nur ein von Gegenleistungen unabhängiger Rechtsanspruch auf ausreichende soziale Sicherung kann die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde jedes Einzelnen bewahren. Das Almosensystem der Tafeln ist ideal, um – wie es zu Beginn der Fall war – denjenigen Nothilfe zu leisten, die wie Obdachlose oder Drogensüchtige aus dem sozialen Netz gefallen sind. Wenn ein solches System jedoch in einem der reichsten Länder der Welt zum institutionalisierten Bestandteil des sozialen Netzes wird, ist dies keineswegs als »Erfolg« zu werten, sondern als wahres Armutzeugnis einer verfehlten Politik.

Literatur

- Butterwegge, Christoph (2008): »Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik«. In: Kritik des Neoliberalismus, hg. v. Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 135-215.
- Heck, Klaus (2005): ... die im Dunkeln sieht man nicht, Telepolis, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20576/1.html>, 26.07.2005.
- Lorenz, Stephan (2009): »Die Tafeln zwischen Konsumismus und ›Überflüssigkeit‹. Zur Perspektive einer Soziologie des Überflusses«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung

und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 65-82.

Molling, Luise (2009): »Die Tafeln und der bürgergesellschaftliche Diskurs aus gubernementalistischer Perspektive«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 157-174.

Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster.

Sloterdijk, Peter (2010): »Wider die Verteufelung der Leistungsträger«. In: Süddeutsche Zeitung, 06.01.2010.